

# Unsichtbare Zahlen, sichtbare Gefahr

## Die Aufklärung über lokalen Rechts- extremismus leidet an Datenmangel

---

Warum haben extreme Rechte in bestimmten Regionen solchen Erfolg? Liegt es an lokalen Problemen, an gezielter Mobilisierung, an schwachen Gegenkräften in Zivilgesellschaft und etablierten Parteien? Wer Antworten auf diese Fragen finden will, braucht ortsbezogene Daten über politische Aktivitäten, über Kriminalität und Gewalt. Genau diese Daten aber sind nur schwer und kaum systematisch zu bekommen. Katja Salomo berichtet von Behördenwissen, parlamentarischen Anfragen und zivilgesellschaftlicher Hartnäckigkeit.

*Katja Salomo*

**P**olitik ist immer auch lokal. Spätestens seit dem Brexit und der Wahl Donald Trumps nimmt die Forschung zu rechtsextremen Bewegungen nicht mehr nur nationale oder aber individuelle Faktoren in den Blick, sondern sucht verstärkt regionale und lokale Erklärungen. Das ökonomische und kulturelle Zurückfallen ganzer Regionen gilt heute als zentrale Triebkraft des Erfolgs rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien in Europa. Und die regionale Ungleichheit nimmt seit den 1980er-Jahren zu.

Verschiedene Studien zeigen, dass Wahlerfolge rechtspopulistischer Parteien, fremdenfeindliche Einstellungen und Hasskriminalität oft lokal ähnlich verteilt sind. Doch es wäre verkürzt, Intoleranz und politische Gewalt gleichzusetzen. Gewalt entsteht meist erst durch Radikalisierungsprozesse, in denen lokale Gruppen, die allerdings auch digital agieren können, eine zent-

rale Rolle spielen. Gerade in Regionen mit gefestigten fremdenfeindlichen Einstellungen ist die extreme Rechte häufig besonders aktiv. Diese semi-organisierten Gruppen siedeln sich gezielt in Gemeinden in peripheren Räumen an, um dort politische Mehrheiten zu erreichen. Sie schüchtern politische Gegner ein, sie machen Migration zu einem zentralen politischen Thema und versuchen, Migrant\*innen durch Drohungen, Vandalismus und Angriffe zu vertreiben. Außerdem stilisieren sie sich selbst zu vermeintlichen zivilgesellschaftlichen oder parteilichen „Kümmerern vor Ort“.

Lokale Daten ermöglichen es, diese Dynamiken über die Zeit hinweg zu erfassen. So ließe sich zeigen, wie extrem rechte Positionen normalisiert werden und wie rechtsextreme Präsenz, Kriminalität und politische Handlungsfähigkeit auf kommunaler Ebene zusammenhängen. Doch solche Daten sind Mangelware.



Während Landes- und Bundesbehörden regelmäßig Berichte zu politisch motivierter Kriminalität veröffentlichen, bricht die Verfügbarkeit von Daten auf Gemeindeebene ab. Offizielle Zahlen der Polizei werden nicht standardisiert veröffentlicht, sondern sind meist nur über parlamentarische Anfragen zugänglich – deren Häufigkeit, Umfang und thematische Ausrichtung variieren jedoch stark nach Bundesland und Region. Zivilgesellschaftliche Chroniken und Listen von Opferberatungsstellen sind zwar wertvolle Ergänzungen, sind jedoch uneinheitlich in räumlicher Abdeckung, zeitlicher Kontinuität und methodischer Vergleichbarkeit. Die Unterschiedlichkeit der Quellen führt zu einem Flickenteppich an Daten über lokale rechtsextreme Gewalt, zu der Delikte und auch nicht-kriminelle Aktivitäten zählen. Die systematische Analyse wird dadurch erheblich erschwert – mit der Folge, dass weder Forschung noch Öffentlichkeit ein verlässliches Bild vom tatsächlichen Ausmaß extremistischer Strukturen und Gewalt in einzelnen Gemeinden gewinnen können. Eine Ausnahme ist der Umfang rechtsextremer Proteste: Hierzu existieren mittlerweile sogar europaweite Datenbanken, zu finden auf der Plattform PolDem (poldem.eui.eu). Rechts-extreme Proteste geben aber kein Bild von der Stärke des semi-organisierten Rechtsextremismus in kleineren Orten, denn dort finden Proteste nur selten, in einzelnen Phasen statt.

Wer Daten zu rechtsextremen Aktivitäten jenseits von Protestereignissen analysieren will, muss diese selbst zusammenstellen. Ein Hindernis dabei ist, dass es keine Übersicht über verfügbare Quellen gibt – sie müssen mühsam recherchiert werden. Einige relevante Daten werden regelmäßig über parlamentarische Anfragen veröffentlicht. Bei der Suche hilft das Portal [kleineanfragen.de](http://kleineanfragen.de), allerdings nur für Anfragen bis 2021, da das Portal mangels parlamentarischer Kooperation eingestellt wurde. Seitdem müssen die Websites der Landes- und Bundesparlamente einzeln durchsucht werden – mit uneinheitlichen Schlagwörtern und Formaten. Am ergiebigsten sind regelmäßige Anfragen von Parteien auf Bundesebene, da sie vergleichbare Datenreihen für ganz Deutschland liefern. Relevante Bundestagsanfragen betrafen zum Beispiel: Antisemitismus in Deutschland (2014–2016, Grüne); Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten (seit 2012, Linke); Antiziganistische Straftaten (2017–2018, Linke); Sorbenfeindliche Vorfälle sowie Sorbenfeindliche Vorfälle und Straftaten



**Katja Salomo** ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Fachgebiet Politisches System der BRD der Universität Kassel und Gastwissenschaftlerin am WZB. Ihre Forschungsschwerpunkte sind politischer Extremismus, soziale Intoleranz, Segregation sowie Land- und Stadtforschung. [katja.salomo@uni-kassel.de](mailto:katja.salomo@uni-kassel.de)

Foto: © Anne Günther, alle Rechte vorbehalten.

(2010–2018, Linke); Proteste gegen und Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte (seit 2012, Linke); Waffenbesitz und Waffeneinsatz von und durch Neonazis, darin Straf- und Gewalttaten gegen Flüchtlings- und Asylunterkünfte mit Schusswaffen (2014–2018, Linke); Tatmittelabgleich bei Anschlägen auf Unterkünfte von Geflüchteten und gegen Geflüchtetenorganisationen, ehrenamtliche Helfer und politische Gegner (2013–2018, Linke); Politisch motivierte Anschläge in Deutschland (mit Sprengstoff oder Schusswaffen) (2001–2018, Linke); Sprengstoffbesitz und Sprengstoffeinsatz von und durch Neonazis (2016–2019, Linke); Tötungsdelikte im Phänomenbereich „Politisch motivierte Kriminalität rechts“ (1991–2017, Linke); Angriffe auf Politiker, Parteibüros und Wahlplakate (seit 2010, AfD).

Den größten Teil der Kategorie „politisch motivierte Kriminalität rechts“ machten Asyl-, islamfeindliche und antisemitische Delikte aus, doch fehlen bundesweit Daten zu rassistisch oder behindertenfeindlich motivierten Straftaten, zu Straftaten aufgrund des sozialen Status oder der sexuellen Orientierung sowie zu Angriffen auf den Staat. Ebenso liegen keine umfassenden Informationen zu Anschlägen auf Religionsstätten oder zu Propagandadelikten vor.

Angaben zu politisch motivierter rechter Gewalt auf lokaler Ebene sind über parlamentari-

sche Anfragen in mehreren Landesparlamenten zugänglich, darunter: Brandenburg (seit 2010, Linke), Berlin (seit 2012, Linke), Bayern (2015–2016, Grüne), Hamburg (seit 2014, Linke), Mecklenburg-Vorpommern (2010–2016, Linke), Nordrhein-Westfalen (2012, 2014–2016, seit 2018, Grüne und Piraten), Rheinland-Pfalz (2011–2012, Grüne), Schleswig-Holstein (seit 2017, SPD), Saarland (2006–2010, 2017–2018, SPD und Linke), Sachsen (seit 2014, Linke) und Sachsen-Anhalt (seit 2011, Linke). Daten zu behindertenfeindlicher und sozialstatusbezogener Gewalt existieren ausschließlich für Brandenburg (seit 2001, Linke), zu Angriffen aufgrund sexueller Orientierung zusätzlich für Niedersachsen (2014–2018, Grüne). Informationen zu Übergriffen auf Abgeordnete, Parteibüros und Religionsstätten liegen nur vereinzelt vor.

Für die Zeit vor 2010 liegen also höchstens Teilinformationen zu bestimmten Aspekten rechtsextremer Kriminalität in einzelnen ostdeutschen Bundesländern vor. Zwar erfassen die Bundes- und Landeskriminalämter politisch motivierte Kriminalität seit 2001 nach einem einheitlichen Schema, doch wurden diese Angaben auf Gemeindeebene bis jetzt nur sehr vereinzelt durch parlamentarische Anfragen abgefragt. Unterschiedliche Formulierungen in parlamentarischen Anfragen führen zudem zu abweichenden Datensätzen für denselben Sachverhalt. Hinzu kommt, dass Anfragereihen abrechnen können, wenn sich Parlamentsmehrheiten ändern. Dass die meisten Anfragen von der Linken gestellt werden, die vor allem in ostdeutschen Landtagen stark vertreten ist, erklärt die bessere Datenlage dort.

Nicht alle rechtsextremen Aktivitäten sind dem Bereich „Kriminalität“ zuzuschreiben und dennoch sind auch diese Angaben aufschlussreich. Für den Besitz oder die Nutzung von Immobilien durch extrem Rechte gibt es parlamentarische Anfragen bundesweit für 2019 und über mehrere Jahre für Brandenburg, Berlin, Sachsen und Sachsen-Anhalt, punktuell auch für Bayern, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen und Thüringen. Daten zu rechtsextremen Konzerten und Liederabenden liegen bundesweit seit 2013 sowie ergänzend für fast alle Länder außer Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und die Stadtstaaten vor. Weitere Aktivitäten wie Sport- und Volksfeste, Kinderfeste, Lesungen oder Bücherbörsen sind für Brandenburg (seit 2010, Linke), Mecklenburg-Vorpommern (seit 2012, Linke), Sachsen (seit

2014, Linke) und Thüringen (seit 2013, Linke) dokumentiert, vereinzelt auch für Bayern, Berlin, Hessen und Schleswig-Holstein.

Hilfreich ist es, die offiziellen Zahlen durch lokal erhobene Informationen zivilgesellschaftlicher Organisationen zu ergänzen. Bundesweit dokumentiert zum Beispiel die Amadeu Antonio Stiftung Todesopfer rechter Gewalt sowie antisemitische und flüchtlingsfeindliche Vorfälle (vgl. [www.belltower.news](http://www.belltower.news)); IslamIQ veröffentlicht Daten zu Angriffen auf Moscheen und das European Centre for Press and Media Freedom zu Angriffen auf Journalist\*innen. Darüber hinaus existieren mindestens 27 weitere Chroniken auf Länder-, Regional- oder Kommunalebene – die Hälfte davon mit Fokus auf Ostdeutschland. Sie werden von Nichtregierungsorganisationen erstellt wie den Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS), der Mobilen Beratung in Thüringen (MOBIT), der Thüringer Beratungsstelle ezra, der Opferperspektive e. V., ReachOut, der Opferberatung LOBBI in Mecklenburg-Vorpommern, der Regionalen Arbeitsstelle RAA Sachsen e. V., der Meldestelle für Antisemitismus LIDA-SH in Schleswig-Holstein und der Beratungsstelle BackUp in Nordrhein-Westfalen. Für nicht-kriminelle rechtsextreme Aktivitäten gibt es nur wenige, verstreute Chroniken, zum Beispiel von Endstation Rechts oder Thüringen Rechts-außen.

Wer diese Daten zusammenführen möchte, muss erhebliche Überschneidungen zwischen parlamentarischen Anfragen und zivilgesellschaftlichen Chroniken auf verschiedenen Ebenen bereinigen: zwischen parlamentarischen Anfragen auf Bundes- und Landesebene, zwischen Chroniken aus der Zivilgesellschaft auf Bundes-, Landes-, regionaler und kommunaler Ebene und zwischen parlamentarischen Anfragen und Chroniken allgemein. Ein vielversprechendes journalistisches Projekt zur Visualisierung lokaler rechtsextremer Aktivitäten wurde inzwischen eingestellt – zu finden ist der (nicht aktualisierte) Atlas auf der Website [rechtesland.de](http://rechtesland.de). Für einzelne Forschende ist eine solche Aufarbeitung ohne spezielle Förderung nicht leistbar.

Der vom Bund finanzierte Forschungsverbund MOTRA (Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung), an dem auch das WZB beteiligt ist, will seit 2019 Daten zu rechtsextremer Gewalt für die Wissenschaft nutzbar

machen. Doch selbst über dieses Programm sind Daten zu rechtsextremer Gewalt nicht uneingeschränkt zugänglich, da das Bundeskriminalamt selbst dem Datenschutz unterworfen ist, die Daten also nicht auf kommunaler Ebene ausgegeben oder ausgewertet werden dürfen. Diese restriktive Praxis behindert den wissenschaftlichen Austausch und verhindert die umfassende Nutzung vorhandener Daten. Auch gibt es kein vergleichbares Projekt für nicht-kriminelle rechtsextreme Aktivitäten. Paradoxe Weise werden so der Öffentlichkeit Informationen vorenthalten, die über parlamentarische Anfragen bereits öffentlich vorliegen oder jederzeit veröffentlicht werden könnten. Diese Problematik gilt nicht nur für Daten zu politisch motivierter Kriminalität. Bereits vor 2020 empfahl der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD), dass Forschung einen geregelten und gesicherten Zugang zu strafrechtlichen Daten generell und insbesondere, aufgrund der hohen gesellschaftlichen Relevanz, zu den Da-

ten zu politisch motivierter Kriminalität erhalten soll. Als Hindernis wurde dabei vor allem der hohe Programmieraufwand identifiziert, nicht etwa Geheimhaltungsbelange.

Faktisch verfügen Kriminal- und Verfassungsschutzämter über ein Monopol auf die systematische Auswertung lokaler Daten zum Rechtsextremismus für interne Zwecke, während die breite Öffentlichkeit nur eingeschränkten Zugang zu den zugrunde liegenden Informationen hat. Ein umfassendes Bild der Vorfälle und Strukturen in der eigenen Gemeinde zu gewinnen, erfordert erheblichen Aufwand, für Lokalpolitiker\*innen, Journalist\*innen, zivilgesellschaftliche Initiativen, Wissenschaftler\*innen und Bürger\*innen gleichermaßen. Unabhängige Analysen sind dadurch eingeschränkt. Überdies wird es schwer, kritisch zu kontrollieren und zu kommentieren, wie rechtsextreme Aktivitäten von staatlicher Seite eingeschätzt werden. ●

## Literatur

Benček, David/Strasheim, Julia: „Refugees Welcome? A Dataset on Anti-Refugee Violence in Germany“. In: *Research & Politics*, 2016, Jg. 3, H. 4. DOI: 10.1177/2053168016679590.

Bundesamt für Verfassungsschutz (Hg.): *Kümmerer vor Ort? Rechtsextremistische Kleinparteien und ihr vermeintlich soziales Engagement*. Köln 2019.

Dancygier, Rafaela/Egami, Naoki/Jamal, Amaney/Rischke, Ramona: „Hate Crimes and Gender Imbalances“. In: *American Journal of Political Science*, 2021, Jg. 66, S. 501–515. DOI: 10.1111/ajps.12595.

Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD): *Weiterentwicklung der Kriminal- und Strafrechtspflegestatistik in Deutschland*. RatSWD Output, 2020, Jg. 7, H. 6. DOI: 10.17620/02671.46.

Rees, Jonas H./Rees, Yann P. M./Hellmann, Jens H./Zick, Andreas: „Climate of Hate: Similar Correlates of Far Right Electoral Support and Right-Wing Hate Crimes in Germany“. In: *Frontiers in Psychology*, 2019. DOI: 10.3389/fpsyg.2019.02328.